

Psychische Störungen nehmen zu, Starker Baupreis-Anstieg, Heizkostenzuschuss für Wohngeld-Empfänger

Psychische Störungen nehmen zu

In Deutschland nehmen psychische Störungen zu. Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach hat jedoch die Vorwürfe zurückgewiesen, dass die deutsche Coronapolitik mit ihren international eher etwas strengeren Maßnahmen für die Zunahme psychischer Störungen verantwortlich ist. Sein Argument: Es gebe auch mehr psychische Störungen in Staaten, die weniger gemacht haben als Deutschland. Als Beispiel nannte Lauterbach die USA, wo seiner Ansicht nach sehr viele Tote vermeidbar gewesen wären. Die Störungen seien mutmaßlich eher auf die Coronalage insgesamt als auf die Schutzmaßnahmen zurückzuführen. ([Spiegel Online](#))

Starker Baupreis-Anstieg

Im November vergangenen Jahres sind die Baupreise von Wohngebäuden in Deutschland so stark gestiegen wie seit mehr als 50 Jahren nicht mehr. Sie erhöhten sich um durchschnittlich 14,4 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat, wie das Statistische Bundesamt am Montag (10.01.2021) mitteilte. Das ist der höchste Anstieg der Baupreise gegenüber einem Vorjahr seit August 1970. Der Grund: Holz, Stahl, Dämmstoffe und anderes Baumaterial sind in den vergangenen Monaten knapp geworden. Überdurchschnittlich stark verteuerten sich im November den Angaben zufolge Zimmer- und Holzbauarbeiten, die aufgrund der erhöhten Nachfrage nach Bauholz im In- und Ausland 38,9 Prozent mehr kosteten als ein Jahr zuvor. Eine baldige Entspannung an der Preisfront ist

nicht zu erwarten. ([Manager Magazin](#))

Heizkostenzuschuss für Wohngeld-Empfänger

Wegen der hohen Heizkosten sollen Wohngeldbezieher einen einmaligen Zuschuss von mindestens 135 Euro bekommen. Das geht aus einem Gesetzesentwurf des neuen Wohnungsministeriums hervor, der am Montag (10.01.2022) an Länder und Verbände geschickt wurde und der Deutschen-Presse-Agentur vorliegt. Wer allein wohnt, soll 135 Euro (!) bekommen. Bei zwei Menschen im Haushalt sind es 175 Euro. Für jeden weiteren Mitbewohner sind 35 Euro vorgesehen. Die Hilfe sollen rund 710.000 Haushalte bekommen, die zwischen Oktober 2021 und März 2022 Wohngeld bezogen haben oder beziehen. Insgesamt soll der Zuschuss den Bund rund 130 Millionen Euro kosten. Die Heizkostenpauschale ist Teil des Wohngelds, das an Haushalte mit niedrigem Einkommen ausgezahlt wird. ([Berliner Zeitung](#))